

Leserbrief der Piraten Koblenz

Die Piratenpartei Koblenz begrüßt den Artikel der RZ vom 16.06.2012 in dem der Kreis MYK weniger Bahnlärm an Rhein und Mosel fordert und ist erfreut, dass der Kreis MYK sich mit diesem Problem beschäftigt.

Allerdings weisen wir darauf hin, dass die vom Kreis genannte Steigerung des Güterverkehrs von 30 % als Minimum anzusehen ist. Schätzungen von Fachleuten gehen von einem möglichen Wachstum von bis zu 60% bis zum Jahre 2025 aus.

Wir schlagen deshalb vor, dass ein Zeitplan für die Umsetzungen der entsprechenden Maßnahmen festgelegt, und vor Ort auch von einer unabhängigen Instanz kontrolliert wird.

Gemäß Studien des Umweltbundesamts und dem Gutachten von Prof. Dr. med Eberhard Greiser ist nachgewiesen, dass Lärm krank macht und Folgeschäden in Milliardenhöhe verursacht.

Die vorgeschlagenen Punkte der Resolution des Kreises unterstützen wir. Zusätzlich zu den in der RZ vorgestellten Punkten, schlagen die Piraten folgenden 3-Phasenplan vor:

1.Phase (kurzfristig 1 - 3 Jahre)

- Intelligenteres automatisiertes Zugleitsystem, zum Erreichen einer gleichbleibenden Geschwindigkeit zur Vermeidung des Bremslärms.
- Schallschutzmaßnahmen aus hochwertigen, schallschluckenden Materialien.
- Umleitung eines Teils der Züge auf andere Strecken.z.B. Frankfurt-Giessen-Köln

2.Phase (mittelfristig 2 - 10 Jahre)

- Bessere Infrastruktur für Binnenschifffahrt an Rhein und Mosel
- Die Piraten sehen die EU in der Pflicht und sprechen sich für die Förderung neuer Güterzüge, insbesondere der Waggonen, sowie die Umrüstung vorhandener, als mittelfristige Maßnahme aus. Dies sollte von der EU als Programm zur Förderung von Konjunktur und Wirtschaft aufgelegt werden.

3.Phase (langfristig ab 8 Jahren)

- Neubau von mehrspurigen Schnellbahntrassen für den Güterfernverkehr z.B. an der A61
- Ausbau der Nebenwasserstraßen, Main, Mosel und Neckar mit modernen Schleusen.

Betroffene Bürger vor Ort monieren, Milliarden für Banken stehen zur Verfügung, aber für die notwendigen Maßnahmen zum Lärmschutz ist kein Euro da!

Hier ist verantwortliche Politik gefragt.